

Internationale Experten kritisieren Bundeswehrreform

Europaforum in Berlin

In der bisherigen Debatte um die Zukunft der Bundeswehr sind die internationalen Aspekte der Streitkräftereform meist zu kurz gekommen: Was erwarten die Verbündeten und Partner Deutschlands von der Bundeswehr und was kann Deutschland von den Erfahrungen anderer Länder mit deren Streitkräfte reform lernen? Aus diesem Grund hat die Konrad-Adenauer-Stiftung die internationale Konferenz „Die Bundeswehr im internationalen Rahmen – Erwartungen und Erfahrungen der Bündnispartner“ mit Verteidigungsexperten aus Großbritannien, Frankreich, den USA und den Niederlanden organisiert. Unter ihnen waren Professor Thomas D. Young (USA), Programmdirektor an der Naval Postgraduate School und Berater der Joint Chiefs of Staff, Professor Michael Clarke (Großbritannien), Direktor des Center for Defense Studies und Berater des House of Commons Defense Committee, Henri Conze (Frankreich), ehemaliger Rüstungsstaatssekretär im französischen Verteidigungsministerium, und Ton Frinkin, (Niederlande), Mitglied des Verteidigungskomitees der CDA und ehemaliger Staatssekretär im niederländischen Verteidigungsministerium.

Bei den internationalen Erwartungen zeigten sich folgende Ergebnisse:

- n Die Kürzungen im deutschen Verteidigungshaushalt werden insbesondere von amerikanischer und britischer Seite sehr kritisch gesehen. Die Bundeswehrreform werde in Deutschland häufig aus der Notwendigkeit begründet, Geld einzusparen. Dies sei unrealistisch, da die Reform zunächst Geld kosten werde.
- n Allerdings erwarten die Verbündeten weniger die Erfüllung formaler Kriterien – wie bestimmte prozentuale Anteile der Verteidigungsausgaben am Bundeshaushalt –, sondern die Gewährleistung bestimmter militärischer Fähigkeiten in künftigen Krisensituationen. Dies sei immer stärker die Grundlage für den deutschen Einfluss in Nato und EU.
- n Die Bundeswehr sei immer noch zu sehr an der Landesverteidigung ori-

entiert. Statt dessen brauche Deutschland die Fähigkeit zur Machtprojektion in Krisenregionen. Die Fähigkeit zur militärischen Intervention im Bündnisrahmen bedeute auch die Fähigkeit zur Landesverteidigung – nicht umgekehrt.

- n Auch könnten militärische Aktionen zum „peace keeping“ sehr rasch in „war fighting“ umschlagen. Eine Trennung von Maßnahmen zur Friedenswahrung und Kampfoperationen sei in der Realität nicht immer möglich, folglich müssten Streitkräfte auf beide Erfordernisse vorbereitet sein.
- n Die von deutscher Seite gesetzten Zeithorizonte für die Umgestaltung der Bundeswehr von bis zu zehn Jahren seien nach Ansicht der Experten viel zu lang. Statt dessen müsse die Bundeswehr bis 2003 (oder nur wenig später) über die Fähigkeit zu effektivem militärischen Handeln innerhalb der Nato oder der EU verfügen.
- n Die deutschen Anstrengungen im Rahmen der Privatisierung und des „Outsourcing“ von militärischen Unterstützungsleistungen werden im Prinzip begrüßt – aber auch hier sind die Maßnahmen zu langfristig angelegt.
- n Angesichts knapper Mittel solle die Politik klare Prioritäten setzen. Die größten Defizite gebe es bei der Mobilität (Verlegbarkeit) der Streitkräfte und bei den Kommando- und Kommunikationsfähigkeiten (Command, Control and Communication).
- n Deutschland gebe erhebliche Mittel für die nicht-militärische Sicherheitsvorsorge und Krisenprävention aus. Hierzu zählten Hilfsleistungen an Osteuropa und Russland ebenso wie das deutsche Engagement im Rahmen des Stabilitätspakts auf dem Balkan. Damit dies gerade in den USA entsprechend zur Kenntnis genommen werde, bedürfe es der gezielten Öffentlichkeitsarbeit, wie sie in den siebziger und achtziger Jahren im Zusammenhang mit der transatlantischen Diskussion um Lastenteilung geleistet worden sei.

Karl-Heinz Kamp

Kaleidoskop

Zwei Jahre Rot-Grün

Nach zwei Jahren Rot-Grüner Bundesregierung ziehen in der Novemberausgabe der KAS-Monatsschrift *Die politische Meinung* prominente Unionspolitiker und Journalisten Bilanz. Sozial-, wirtschafts- und außenpolitische Aspekte werden ergänzt durch eine differenzierte Analyse des Aufbaus Ost und eine Betrachtung der grundlegenden Wandlungsprozesse im Bereich der Innenpolitik aus politikwissenschaftlicher Sicht. Autoren sind Edmund Stoiber, Friedrich Merz, Ruprecht Polenz, Stefan Reker, Paul Schulmeister, Peter Gillies, Klaus Dicke und Werner Link. Ein Rückblick und Ausblick auf das Konzept der sozialen Marktwirtschaft gibt Franz Schoser, Andreas Schwegel greift einen Beitrag über die Debatte um die Wehrstruktur der Juli-Ausgabe der *Politischen Meinung* auf. Hermann Wentker analysiert den 9. November 1989. Die als Weggefährtin Friedrich Nietzsches bekannte Lou Andreas-Salomé erfährt in den letzten Jahren eine Renaissance; Wolf Scheller würdigt ihre Lebensleistungen von der Philosophie über die Literatur bis zur Psychoanalyse.

Die *Politische Meinung* kostet als Einzelheft 12,- DM. Schüler und Studenten erhalten einen Sonderrabatt. Bestellungen über den Verlag A. Fromm (Postfach 1948, 49009 Osnabrück), die Redaktion (Fax: 02241-246-610, e-mail: anneliese.raic@v.kas.de) oder durch den Buchhandel.

Auslandsinformationen

Heft 11/2000 der *KAS-Auslandsinformationen* beschäftigt sich mit den Kommunalwahlen in Chile, Chinas neuem Sicherheitskonzept, Polen und der Europäischen Union sowie den Rechtsreformen in der Tschechischen Republik. Vicente Fox Quesada, seit dem 1. Dezember 2000 Präsident Mexikos, schreibt über „Unser Ziel: Die Armut bekämpfen“. Außerdem werden Bücher aus Ägypten unter dem Gesichtspunkt „Hundert Jahre Protest, Widerstand und Kampf der Frauen für Gleichheit“ vorgestellt.

Die Publikation ist kostenlos zu beziehen beim Referat für Publikationen, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin, Telefax (02241) 246-479, oder kann auch unter www.kas.de heruntergeladen werden.